

Stellungnahme zu Fragen der Zuwanderung und der Teilhabe von Zuwanderern von Hartmut Klein, Migrationsbeauftragter der Stadt Rheine

Frau Bürgermeisterin, meine Damen und Herren,

die letzten 12 Monate waren weltweit geprägt von einigen Ereignissen, die den Zielen der Integration von Zuwanderern, auch des friedlichen und toleranten Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Hautfarbe und Religion entgegenliefen.

So berief sich in Norwegen der Attentäter Breivik auf die konfusen Überfremdungsängste von Teilen seiner Mitbürger und nutzte auch die angeblich notwendige Verteidigung christlicher Werte als Vorwand für seine Mordanschläge – ein Hinweis darauf, dass religiöse Wahnvorstellungen gleich welcher Provenienz oft hergenommen werden, Gewalttaten zu legitimieren.

Ähnlich müssen wir auch für den in den letzten Wochen immer klarer zu Tage tretenden blutigen rechtsradikalen Terror in unserem Land festhalten, dass sich die Legitimation der Täter offenbar aus ihrer Einschätzung speiste, sie würden den Willen eines Großteils der Bevölkerung vollziehen.

Im September wurden wir daran erinnert, dass 10 Jahre zuvor Tausende unschuldiger Menschen in New York, übrigens Menschen aller Rassen und Religionen, von Terroristen ermordet wurden, die sich ebenfalls wahnhaft auf religiöse Motive beriefen.

Und die gegenwärtige Debatte über die Zukunft Europas wird bei manchen Bürgern mit durchaus nationalistischen Tönen geführt, wie man dies vor wenigen Monaten noch kaum so erwartet hätte.

Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung in unserer Stadt zu zeichnen. Zunächst möchte ich betonen, dass es in Teilen der Bevölkerung überall in Deutschland nationalistische und rassistische Einstellungen gibt. Allerdings sind die in Rheine offenbar vergleichsweise schwach ausgeprägt. Dafür einige Belege:

Ich nenne die vom Caritasverband initiierte Ausstellung „Wir sind Rheine ... Menschen aus 101 Kulturen“ und das entsprechende Buch dazu – mit einer entsprechenden Anzahl künstlerisch fotografierte Porträts von Rheinensern verschiedener Herkunft – eröffnet im Haus der Caritas im Januar dieses Jahres und im Laufe des Jahres in zwei großen Schulen präsentiert. Es spricht für sich, dass diese Ausstellung gegenwärtig in den Räumen des Landtags in Düsseldorf gezeigt wird, viele Bürger aus Rheine, darunter der stellvertretende Bürgermeister Lunkwitz waren bei der Eröffnung am 29. Nov. 2011 dort zugegen.

Ich nenne die vielen interreligiösen Aktivitäten, an denen auch im letzten Jahr Vertreter des Rates teilgenommen haben, beispielsweise beim Fastenbrechen in der Moschee an der Münsterstraße in Anwesenheit der stellvertretenden Bürgermeisterin Frau Helmes oder beim Zuckerfest in der Kindertagesstätte St. Antonius – gerade die dortige jahrelange Arbeit mit Eltern und Kindern steht beispielhaft für erfolgreiches Zusammenführen von Menschen verschiedener Herkunft und Religion.

Ich nenne das Sommerfest im Centro San Antonio und zuletzt das vom Integrationsrat organisierte Kunterbuntfestival im Walshagenpark, unter der Schirmherrschaft der Bürgermeisterin, eröffnet von ihrem Stellvertreter Herrn Brauer und selbstverständlich besucht auch von Ratsmitgliedern. Hier zeigten zahlreiche Gruppen verschiedenster Kulturen ihr gesangliches, tänzerisches Können und auch an internationalen Koch- und Backkünsten konnten sich die vielen Besucher erfreuen.

Besonders erfreulich ist, dass Stadtschülervertretung und Stadtjugendring, also die Vertreter unserer Jugend, den Beitritt der Stadt Rheine zum Projekt „Stadt ohne Rassismus“ initiiert haben und dass, davon gehe ich aus, die Mitglieder des Rates dies heute einhellig unterstützen werden. Nebenbei ein Wort an die jungen Leute hier: Die Auseinandersetzung mit rassistisch und nationalistisch orientierten Menschen ist nicht nur eine Sache von gestern und heute, sie wird Euch Euer gesamtes Leben begleiten.

Nicht zuletzt möchte ich erwähnen, dass Helmut Hermes von der städtischen Fachstelle Migration im Jahrbuch des Kreises Steinfurt 2012 mit dem Thema „Brauchtum und Feste“ in seinem Aufsatz auf die Traditionen und Bräuche der Menschen eingegangen ist, die in den letzten Jahrzehnten aus dem Ausland nach Rheine gekommen sind – ich finde, ein hervorragender Beitrag unserer Stadt zu diesem Thema.

Gerne gebe ich einen Diskussionsbeitrag aus dem Integrationsrat weiter, in dem betont wurde, dass die Zuwanderer bei Besuchen in ihren Herkunftsländern immer auch als Botschafter unserer Stadt und unseres Landes wahrgenommen werden.

Zudem möchte ich sagen, dass die Presse in Rheine über Fragen der Zuwanderer und ihrer gesellschaftlichen Teilhabe positiv und sachlich berichtete. Auch Diskussionen gab es selbstverständlich, die offen und im gegenseitigen Respekt geführt wurden, wie es sich in einem Land gehört, das Presse- und Meinungsfreiheit als eines der wichtigsten Güter achtet.

Statistisch hat sich im letzten Jahr wenig geändert. Im Gegensatz zur Entwicklung in ganz Deutschland – in unserem Land überwog die Abwanderung – gab es in Rheine einen leichten Zuwanderungsüberschuss, vor allem bedingt durch etwa 55 Rückwanderer aus dem Kosovo und aus Serbien. Weiterhin können wir von einem Gesamtanteil von ca. 14 – 15 % Einwohnern, also mehr als 10000 Menschen ausgehen, die einen „Migrationshintergrund“ besitzen.

Dies allerdings muss nach Ortsteilen und Altersgruppen differenziert betrachtet werden. So liegt der Zuwandereranteil in den Ortsteilen Dorenkamp bei über 20 %, auch im Ortsteil Schotthock dürfte er eine ähnliche Zahl erreichen. Das daraus Schlussfolgerungen für die Lokalpolitik zu ziehen sind, liegt auf der Hand. In diesem Zusammenhang ist ja auch das Projekt „Soziale Stadt“, das für den Dorenkamp geplant ist, einzuordnen. Allerdings ist eine Reihe integrativer Aspekte aus dem Konzept herausgenommen worden.

Rheine unterliegt wie unser gesamtes Land dem „Demographischen Wandel“. „Deutschland schafft sich“ daher durch Zuwanderung nicht „ab“. Ohne die Zuwanderung der letzten Jahrzehnte würde sich die Lage noch dramatischer entwickeln. Festgestellt ist, dass der Anteil der Kinder aus Zuwandererfamilien an der Gesamtzahl der kleinen Kindertagesstättenbesucher in Rheine 2010 bei 38 %

lag, bei Schulpflichtigen ebenfalls bei weit über 20 %. Einzelne Einrichtungen zählen aber weiterhin einen Anteil von um die 80 % an Kindern von Zuwanderern, darunter auch Kindertagesstätten.

Im Zusammenhang mit der gemeinsamen Grundbildung für Kinder bis zum 4. Schuljahr wird in Rheine eine Diskussion über die Einführung von Schuleinzugsbereichen geführt. Vorweg: Ich halte die Abschaffung der Schulbezirke in Nordrhein-Westfalen vor drei Jahren für einen Fehler, der sich besonders zum Nachteil der Kinder von Zuwanderern auswirkte.

Die Mitglieder des Integrationsrates diskutierten jüngst die Einführung von Schuleinzugsbereichen umfassend und kontrovers. Einigkeit bestand allerdings darin, dass Schulen mit hohen Anteilen von Kindern aus Zuwandererfamilien (im Einzelfall bis zu über 80 %) besondere Unterstützung erfahren müssen. So ist die Überlegung der Stadtverwaltung mit Nachdruck zu bejahen, dass von den der Stadt Rheine wahrscheinlich zugewiesenen und vom Kreis finanzierten Sozialarbeitern an erster Stelle stark betroffene Schulen an erster Stelle profitieren. Und die Landesregierung ist – unabhängig von der parteipolitischen Zusammensetzung - daran zu erinnern, dass sie nach Abschaffung der Schulbezirke 2005 besonders betroffenen Schulen auch Hilfe in Form von zusätzlichen Lehrerstellen zugesagt hat.

Bildungsfragen bleiben zentrale Themen auf allen politischen Ebenen. Dazu einige Anmerkungen: Sprachförderung vom Kleinkindalter an muss im Zentrum auch der zukünftigen Bemühungen stehen. In diesem Zusammenhang sind verschiedene Maßnahmen zu sehen: Initiiert vom städtischen Migrationsdienst und dem entsprechenden Stadtteilbüro ist im letzten Jahr das „Bildungsnetzwerk Schotthock“ entstanden, in dem u. a. sprachfördernde Maßnahmen der dortigen Kindertagesstätten und Grundschulen koordiniert werden. Auch die Zusammenarbeit zwischen Eltern, Kindertagesstätten und Schulen soll optimiert werden.

An anderen Grundschulen greifen ebenfalls gezielte Fördermaßnahmen, u. a. gestützt durch die Freiwilligenbörse der Stadt Rheine sowie durch den Caritasverband Rheine und die Fachstelle Migration. Notwendige Hausaufgabenhilfe wird in den Stadtteilbüros des städtischen Migrationsdienstes geleistet, ebenso etwa im Centro San Antonio und im türkischen Verein. Auch der im letzten Jahr begründete Verein Bildungszentrum „Unsere Welt“ setzt sich nachhaltig für die Verbesserung der Bildung ein, übrigens auch in Bereichen, die nicht im engeren Sinne als schulisch zu sehen sind, etwa Tanzen und Musik. Dies sind wichtige Beiträge zur Persönlichkeitsbildung.

Für Bildung engagiert ist auch die Stadtbibliothek Rheines, die auf Anregung des Integrationsrates ein bemerkenswertes Konzept mit ausländischer Literatur verfasste und durch Lesungen ausländischer Buchautoren auf die Bereicherung unserer Kultur durch Zuwanderer aufmerksam machte. Letztlich fand dort erstmals eine mehrsprachige Lesung für Kinder statt.

In Gesprächen mit Schulleitung und Lehrkräften des Berufskollegs zeigte sich, dass die berufsvorbereitenden Maßnahmen dieser Schule deutlich stärker von jungen Leuten aus Zuwandererfamilien besucht werden – ähnlich wird dies für entsprechende Einrichtungen der Kreishandwerkerschaft und des Caritasverbandes Rheine gelten. Deutschkenntnisse sind als Schlüsselqualifikation zu bewerten und daher stehen die Verbesserung der Sprachkenntnisse bzw. das Erlernen der Sprache im Zentrum der Bemühungen.

Alle drei in der Berufsvorbereitung tätigen Organisationen arbeiten in der Sprachförderung mit der städtischen Volkshochschule zusammen, die im Übrigen auch sonst umfassende Sprachfördermaßnahmen im Rahmen der Integrationskurse und vor allem der hiesigen Sprachoffensive für Zuwanderer anbietet. Beide sind zu einem festen Bestandteil des Integrationsgeschehens in Rheine geworden.

Das Berufskolleg arbeitet intensiv mit mittelständischen Betrieben in Rheine zusammen. Ausdrücklich betonten die verantwortlichen Lehrer, dass sie dabei Diskriminierung aufgrund nicht deutscher Herkunft nicht feststellen könnten. Entscheidend für die mögliche Aufnahme eines betrieblichen Ausbildungsverhältnisses seien Schulnoten, vor allem aber auch den Anforderungen entsprechende Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie selbstverständlich die Einsatzbereitschaft der jungen Leute. Dies gelte im Übrigen auch für die Probanden ohne „Migrationshintergrund“.

Abschließend sei hier ein Zitat des renommierten Osnabrücker Migrationsforschers Klaus Bade angeführt: „Integration (verläuft) in Deutschland sehr viel erfolgreicher, als es die Desintegrationspublizistik glauben machen will, auch im internationalen Vergleich. Ausnahmen bestätigen die Regel. In den letzten zehn Jahren ist in Sachen Integrationspolitik mehr geschehen als in den vier Jahrzehnten zuvor. Die in Deutschland geborene Zuwandererbevolkerung der zweiten und dritten Generation erzielt in fast allen Bereichen, sei es Bildung oder Arbeitsmarkt, deutlich bessere Ergebnisse als ihre Eltern und Großeltern. Dieser Effekt lässt sich für nahezu alle Herkunftsgruppen beobachten.“ Der Leiter des Berufskollegs Rheine bestätigt diese Aussage ausdrücklich

Das Land Nordrhein-Westfalen will sich – ich denke, aus guten Gründen – um die Aufnahme von jungen Zuwanderern in den Polizei- und Schuldienst besonders bemühen. In diesem Zusammenhang ist ein Gespräch mit Vertretern eines Verwaltungsdienstes in Rheine zu sehen, in dem ich anregte, nicht nur Schulnoten als Grundlage der Auswahl zum weiteren Bewerbungsverfahren zu nehmen, weil aller Erfahrung nach junge Zuwanderer z.B. aufgrund des anderen sprachlichen Hintergrunds benachteiligt werden könnten und mit dem Hinweis versehen, dass sich auch sprachliche Fähigkeiten im Laufe der Ausbildung noch verbessern könnten. Mit diesem Vorschlag konnte ich allerdings keine Änderung des Auswahlverfahrens erreichen. Trotzdem wiederhole ich hier meine Aufforderung an alle jungen Leute mit „Migrationshintergrund“, dass sie sich auf alle Stellen, auch bei öffentlichen Verwaltungen, bewerben sollen, sofern ihnen dieser Berufsweg zusagt. Das Land NRW hat für 2012 ein umfassendes Integrationsgesetz angekündigt. Bereits jetzt ist klar, dass dort die Interkulturelle Öffnung der Verwaltungen eingefordert werden wird. Das Migrations- und Integrationskonzept der Stadt Rheine von 2007 hat dieses weitsichtig bereits vorweg genommen. Es stellt allerdings auch fest, dass Interkulturelle Öffnung weiterer Anstöße bedarf.

Seit dem 1. April 2011 besteht die Möglichkeit, dass junge Menschen aus Familien mit Transfergehaltbezügen nicht nur Mittel zur Grundsicherung erhalten, sondern auch Leistungen, die die Teilhabe in anderen Feldern ermöglichen, z.B. die Unterstützung des Schulessens, von Klassenfahrten, auch auf sportlichem und musischem Gebiet bis hin zur gezielten Förderung in schulischen Defizitbereichen. In einer Sitzung des Integrationsrates am 08.06.2011 zeigte sich, dass diese zusätzlichen Mittel von Zuwandererfamilien anfänglich nur in geringem Maße abgerufen wurden. Das hat sich dank der Beratungstätigkeit aller Beteiligten Institutionen aber geändert. Im Juli – nach den Ferien – wurden so

300 Gutscheine, im August noch einmal 210 Gutscheine beantragt. Möglich, dass Hinweise der verschiedenen professionell arbeitenden Migrationsstellen in Rheine und auch in den Schulen eine entsprechende Teilhabe auch von Kindern mit „Migrationshintergrund“ initiierten, einer aus meiner Sicht für die Bildung sehr wichtigen Förderung.

Nebenbei sei bemerkt, dass ein Teil dieser Förderung (z. B. Nachhilfe- und Freizeitgutscheine) von Kindern aus Familien, die sich erst seit kurzer Zeit um Asyl in Deutschland bewerben, nicht bezogen werden kann. Dies betrifft etwa 50 Kinder in Rheine. Ein verbilligtes Mittagessen, eine Einschulungsbeihilfe und Zuschüsse zu Klassenfahrten erhalten dank der Anstrengung der Verantwortlichen in Nordrhein-Westfalen / in Rheine nun auch diese Kinder. Die Bundestagsabgeordneten aus unserem Wahlkreis haben darüber hinaus Unterstützung bei entsprechenden Änderungen des Asylbewerbergesetzes zugesagt – diese sind derzeit in der Beratung des Bundestages.

Als Ratsmitglieder sind Sie gehalten, in allen Bereichen nachhaltig zu wirtschaften, auch in Finanzfragen. In diesem Zusammenhang verweise ich auf eine Studie der Bertelsmannstiftung, die zu dem Ergebnis kommt: „Aktive Integration spart Folgekosten“ – vor allem auf den vorhin skizzierten Feldern, die von verschiedenen schon genannten Institutionen bestellt werden.

Seit dem 1. September ist für verschiedene Gruppen von Ausländern der elektronische Aufenthaltstitel verpflichtend, ein Ausweissystem, das auch elektronisch leicht kontrolliert werden kann und dessen Einführung – nebenbei – mit z.T. erheblichen Kostenerhöhungen für die Betroffenen verbunden ist. Nachvollziehbar, dass dies im Integrationsrat sehr engagiert diskutiert wurde und dass dies auch Empörung hervorrief.

Ausdrücklich bescheinige ich der Ausländerbehörde Rheine eine vergleichsweise hohe Sensibilität. Aber natürlich gibt es Schwierigkeiten und Konflikte auf diesem Feld. Dies möchte ich an einem Beispiel verdeutlichen: Zur Feststellung der genauen sprachlichen Identität sollte eine Familie von der Ausländerbehörde zur Botschaft des Herkunftslandes nach Berlin gefahren und am selben Tag wieder zurückgebracht werden. Trotz entsprechender Zusicherungen durch Behörden und Unterstützungsangebote verschiedener anderer Institutionen verließen offenbar aus Angst vor möglichen Repressalien seitens des Herkunftslandes die Mutter und ein Sohn der Familie kurz vorher die Stadt und auch unser Land. Der Sohn, der wie die anderen Kinder von den betroffenen Schulen als völlig integriert bezeichnet wurde, kehrte einige Wochen später zurück und lebt inzwischen bei der Familie eines Mitschülers. Ich möchte dies Geschehnis nicht weiter kommentieren, aber anmerken, dass uns dies sensibel machen sollte für die Ängste und Sorgen, mit denen Flüchtlinge in Deutschland, auch in Rheine nicht selten leben.

Meine Damen und Herren, ich schließe meine Ausführungen mit einigen persönlichen Erfahrungen mit Zuwanderern: Da ist die Tatsache, dass die Reinigung unserer Schulen überwiegend von Zuwanderern bewerkstelligt wird, dass die Altenpflege in Rheine ohne Zuwanderer zusammenbrechen würde, dass ich in verschiedenen Fachgeschäften und Dienstleistungsunternehmen von meist jungen Zuwanderern qualifiziert beraten und bedient wurde, dass selbstverständlich z.B. türkischstämmige Lehrer an Schulen in Rheine unterrichten, dass es in Rheine zahlreiche von Zuwanderern begründete erfolgreiche mittelständische Betriebe gibt, dass ich selber viele aus dem Ausland zugewanderte Schüler hatte, die z.T. schon als Ärzte arbeiten oder hoch

qualifizierte Ausbildungen bzw. Studiengänge belegen, dass ich vor allem viel Freude bei Festen und kulturellen Begegnungen mit Zuwanderern hatte.

Zum Schluss wiederhole ich ein Zitat des berühmten Philosophen Theodor Adorno, das in der Ausstellungseröffnung im Landtag in Düsseldorf am 29. November 2011 vorgetragen wurde: Eine lebenswerte Stadt ist ein Ort, an dem man „ohne Angst verschieden sein kann.“ Ich meine, wir sind in Rheine auf einem guten Weg.